



Leitantrag

**Keinen Schritt
nach rechts.**

Unsere Zeit ist jetzt.

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlossen am: 21.06.2025, in Hannover

Keinen Schritt nach rechts. Unsere Zeit ist jetzt.

Die Linke hat ein starkes Comeback bei der Bundestagswahl gefeiert. Wir sind wieder eine politische Größe, mit der sich die anderen Parteien auseinandersetzen müssen. Viele Menschen entscheiden sich zum Beitritt in Die Linke und damit gegen den Rechtsruck, für eine bessere Welt! Nun gilt es die gesellschaftliche Verankerung auszubauen, vor Ort Präsenz zu zeigen, unsere Mitglieder einzubinden, voneinander zu lernen und Veränderungen zu organisieren. Die gesellschaftlichen Entwicklungen zeigen, die Linke wird gebraucht!

Die Kapitaleseite und ihre Parteien finden seit Jahren Gründe, um der Bevölkerung Sparmaßnahmen aufzubürden, während die Reichen immer reicher werden. Nach den Bundestagswahlen 2025 knüpft die Merz geführte Koalition an der Zeitenwende der Ampel-Regierung an und treibt ein gigantisches Aufrüstungsprogramm voran, um Deutschland „kriegstüchtig“ zu machen. Statt die Schuldenbremse abzuschaffen, soll hierfür die Bevölkerung mittels Sozialkürzungen zur Kasse gebeten werden. Steuergeschenke an große Unternehmen drohen die soziale Kluft zwischen Arm und Reich und die Unterfinanzierung der Kommunen zu verschärfen. Die Schuld an den Problemen wird dabei auf Menschen mit Flucht- und Migrationshintergrund sowie Bürgergeldempfängern geschoben, was Wasser auf den Mühlen der extrem Rechten ist. Wir stehen solidarisch an der Seite aller, die von Diskriminierung durch bspw. Sexismus, Rassismus, Queerfeindlichkeit etc. betroffen sind. Wir kämpfen gemeinsam mit migrantischen Selbstorganisationen, feministischen Gruppen, queeren Kollektiven und antifaschistischen Initiativen gegen rechte Gewalt, Abschiebungen, Polizeirassismus und staatlichen Autoritarismus. Wir unterstützen antifaschistische Selbstverteidigung, Hausbesetzungen, Streiks, antirassistische Proteste und den Erhalt selbstverwalteter, solidarischer Räume. Der Kampf gegen Faschismus beginnt nicht im Parlament, sondern auf der Straße – in Stadtteilen, an Schulen, an Grenzen und in Betrieben. Antifaschismus ist für uns nicht nur eine Frage der Haltung, sondern auch gelebte Praxis. Als Linke lassen wir nicht zu, dass Geflüchtete, Bürgergeldempfänger*innen oder Klimaschutz als Sündenböcke herhalten müssen. Wir stehen für eine gerechte Politik und trauen uns, uns mit den Reichen und Mächtigen anzulegen – für Frieden, soziale Gerechtigkeit, Klima- & Umweltschutz und konsequent gegen Rechts!

Der Blankocheck für Aufrüstung, den CDU/CSU, SPD und Grüne nach der Bundestagswahl 2025 noch mit alten Mehrheiten ausgestellt haben, beweist es: Geld ist genug da, woran es fehlt, ist der politische Wille. Statt Kürzungen im Sozialen, Unterfinanzierung in der öffentlich Daseinsvorsorge und Steuergeschenke an Milliardäre, wollen wir Reiche endlich zur Kassen bitten. Mit den dadurch geschaffenen, zusätzlichen Einnahmen müssen wir die Kommunen stärken, Bildung, Kultur, Gesundheit, Wohnungsbau sowie den öffentlichen Nahverkehr voranbringen und an der Seite der Belegschaften für einen zivilen, sowie

sozialökologischen Wandel der Wirtschaft erkämpfen.

Wir sagen den Miethaien den Kampf an!

Wir fordern den Bau von 40.000 Wohnungen bis 2030 durch eine landeseigene Wohnungsbaugesellschaft. Gemeinsam streiten wir in ganz Deutschland für einen Mietendeckel, der Mieterhöhungen einfrieren und überhöhte Mieten senken soll. Mietwohnungen in der Hand großer Konzerne wollen wir in öffentliches Eigentum zurückholen, Spekulation mit Grundstücken und Leerständen stoppen. Statt obdachlose Menschen zu verdrängen, wollen wir Wohnungslosigkeit durch „Housing first“ und die Übernahme von Miet- und Energieschulden bei Härtefällen entschieden bekämpfen. Wir fordern landesweit flächendeckend Anlaufstellen einzurichten, an die queere Menschen sich bei drohender Wohnungslosigkeit wenden können, um vorübergehende Schlafmöglichkeiten im queeren Schutzraum zu gewährleisten. Wir fordern, dass asylsuchende Menschen ein besseres Betreuungs- und Versorgungsangebot erhalten, besonders in Erstaufnahmeeinrichtungen. Ihre gesellschaftliche Teilhabe muss ermöglicht werden.

Bildung für alle!

Die Linke Niedersachsen verfolgt eine Bildungspolitik, die auf Chancengleichheit, soziale Gerechtigkeit und umfassende öffentliche Investitionen abzielt. Wir fordern den Auf- und Umbau integrierter Gesamtschulen (IGS) als alleinigen Schulstrang in Niedersachsen. Die IGS soll Regelschule sein. Wir wollen Lehr- und Lernmittelfreiheit, kostenfreie Verpflegung in Kita und Schule und kostenfreie Beförderung von Schüler*innen zur Schule. Wir wollen Geld in die Hand nehmen, um endlich die Schulen und Hochschulen in Niedersachsen zu sanieren, Gebäude auszubauen und dem Bedarf, auch für Queere und Menschen mit Behinderung, anzupassen. Gemeinsam kämpfen wir für eine Einstellungsoffensive für Lehrkräfte und Erzieher*innen! Wir wollen die Ausbildung und das Lehramtsstudium praxisorientierter gestalten. Das Referendariat wie auch das Berufsanerkennungsjahr schaffen wir ab. Gerade auch die Arbeitsbedingungen von allen in Kitas und Schulen Berufstätigen müssen sich grundsätzlich verbessern: Vereinbarkeit von Familie und Beruf (Teilzeit erhalten); geregelte, bezahlte Vorbereitungszeiten; rechtzeitiges, angemessenes Budget für Lern- und Spielmaterialien und leistungsgerechtes Gehalt für alle in Kitas und Schulen Tätigen. Bundeswehroffizier*innen gehören nicht an Schulen!

Kein Profit mit Gesundheit!

Statt großer Gewinne für Krankenhaus- und Pflegekonzerne wollen wir eine bedarfsgerechte und auskömmliche Finanzierung des Gesundheitswesens. Nur so schaffen wir die Voraussetzungen, die nötig sind, damit alle Menschen im Bereich Gesundheit und Pflege bestmöglich versorgt sind: Patient*innen, Beschäftigte sowie Menschen mit Pflegebedarf und ihre Angehörigen. Zur bestmöglichen Versorgung gehört weit mehr, als nur die Ausfinanzierung der Behandlungen und der Kranken- und Pflegekonzerne. Gerade in der Medizin ist nachweislich bekannt, dass medizinische Produkte und auch Therapien vorwiegend auf männliche,

weiße Probanden getestet werden. Dies grenzt mehrere Behandlungsgruppen aus, die da wären: FLINTA-Personen, migrantisierte Personen, Menschen mit Behinderung, Kinder und Senior*innen. Daher ist hier unsere Empfehlung, dass dringend im Bereich Studium, Lehre und Forschung eben diese Behandlungsgruppen gezielt integriert werden. Ebenso gilt auch hier, dass sowohl Duschen als auch WC-Anlagen sowohl geschlechterorientiert als auch barrierefrei gestaltet werden. In Niedersachsen schreiben 90 Prozent aller Krankenhäuser rote Zahlen. Wir sagen: Schluss mit Kliniksterben! Wir brechen mit der Marktlogik im Gesundheitswesen. Statt privatisierter Profitorientierung setzen wir auf eine grundlegende Vergesellschaftung aller Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen unter demokratischer Kontrolle durch Beschäftigte, Patient*innen und Kommunen. Das Gesundheitssystem muss sich an den Bedürfnissen der Menschen orientieren – nicht an Fallpauschalen oder Gewinnen. Wir wollen alle Krankenhäuser in öffentliche und gemeinnützige Trägerschaft überführen, flächendeckend bedarfsgerecht erhalten und personell ausstatten. Dazu müssen sich auch die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten grundlegend verbessern. Dafür unterstützen wir die gewerkschaftlichen Kämpfe der Beschäftigten wie es die Kolleg*innen der MHH vorgemacht haben und setzen uns für die Ausweitung von Entlastungstarifverträgen und -vereinbarungen im gesamten Landesgebiet ein. Kein Profit mit der Gesundheit! Demokratischer Zugang, gute Arbeitsbedingungen und eine wohnortnahe Versorgung gehören zusammen. Unzureichend ist nicht nur die medizinische Versorgung, sondern eben auch das psychotherapeutische Angebot. Dies zeigt sich in langen Wartezeiten und unzureichender Versorgung gerade im Hinblick auf psychologische Erkrankungen wie (komplexe) PTBS, Neurodivergenz, Entwicklungs- und Persönlichkeitsstörungen. Gerade die posttraumatische Belastungsstörung dürfte in den nächsten Jahren nochmal deutlich zunehmen. Aus diesem Grund gilt es dringend und zeitnah, flächengreifende Versorgung von traumatisierten Menschen sicherzustellen.

Für eine soziale und ökologische Verkehrswende!

Ein sozial gerechter und ökologischer Nahverkehr muss allen Menschen zugänglich sein, unabhängig vom Wohnort, Art der Behinderung oder Geldbeutel. Die Linke Niedersachsen strebt langfristig einen vollständig kostenfreien Nahverkehr an. Ein landesweites, kostenloses Schüler*innenticket, wäre hierfür der erste Schritt. Zudem brauchen wir einen massiven Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, insbesondere im ländlichen Raum. Anbindung und Taktung sollen so verbessert werden, dass sie eine attraktive Alternative zum Individualverkehr bieten.

Industrie mit Zukunft!

Wir fordern ein Investitionsprogramm für Industrieumbau. Das Geld fließt in einen Investitionsfonds, aus dem Unternehmen durch Kredite oder im Austausch für Gesellschaftsanteile beim klimagerechten Umbau unterstützt werden. Wir brauchen zudem staatliche Abnahmegarantien für E-Busse und E-Fahrzeuge. Unternehmensrettungen durch die öffentliche Hand koppeln wir an einen Auszahlungsstopp von Renditen und Boni. Wir fordern vor allem, dass das Land Miteigentümer in Höhe der von ihm

geleisteten Unterstützung im Unternehmen wird. Die Eigentumsanteile verbleiben im Regelfall im Besitz des Landes. Wer öffentlich gefördert wird, gibt Arbeits- und Standortgarantie. Die Linke kämpft für gute und verlässliche Perspektiven in einer Industrie mit Zukunft, mit guten Löhnen, Tarifverträgen, Mitbestimmung und sicheren Arbeitsplätzen. Statt VW-Werke an Reihnmetall zu übergeben, wollen wir die zivile Konversion der Rüstungsindustrie! Das Prekariat neu definieren! Ursprünglich arbeitete das Prekariat der einfachen Arbeiter am Fließband der Großkonzerne. Doch das Prekariat hat sich verlagert und ist in Struktur und Betroffenengruppe vielfältiger aufgestellt. In ein und demselben Beruf werden in ein und derselben Firma 3 verschiedene Arbeitsverträge ausgegeben. Im Prekariat arbeiten vorwiegend benachteiligte Menschen in seelisch, psychologisch sowie körperlich extrem belastenden Berufen im Dienstleistungs-, Pflege- und Bildungssektor. Die Prekarisierung zeichnet sich durch Arbeitsentrechtung, hohen Leistungsdruck mit vielen teils unbezahlten Überstunden sowie schlechter und unzureichender Bezahlung aus. Benachteiligte Personen wie Frauen, Queere, Migrant*innen und/ oder Behinderte ist diese Entrechtung am ehesten gerechtfertigt. Sie alle eint: Entrechtung und schlechte Bezahlung bei hoher Belastung. Ein intersektionales Klassenbewusstsein schaffen! Der Klassenkampf wird ohne den Kulturkampf nicht gelingen. Der rechte Kulturkampf gegen benachteiligte Menschengruppen entrechtet sie noch mehr und setzt weitere Hürden und Schranken zwischen Menschen derselben unterdrückten und ausgebeuteten Klasse. Daher ist es unsere Pflicht, bei uns selbst zu beginnen: wir werden uns den Benachteiligungen und Ausgrenzungen sowie Privilegien innerhalb unserer Partei bewusst. Wir setzen mit unserer Solidarität unsere Privilegien ein, um Benachteiligten die Überwindung dieser Hürden zu ermöglichen. So gestärkt und mit gemeinsamer Kraft reißen wir die Schranken und Hürden innerhalb der Gesellschaft nieder. So können wir als unterdrückte Klasse vereint auf Augenhöhe in den Klassenkampf ziehen, um unser aller Freiheit zu erkämpfen!

Gemeinsam gegen Queerfeindlichkeit

Antifeministische Haltungen und Queerfeindlichkeit sind prominente Strategien, neuer und alter rechter Akteure. Sie generieren Zulauf durch die Schaffung von Feindbildern und fantasieren Bedrohungsszenarien herbei. Das machen wir nicht mit! Wir setzen uns ein für einen effektiven Gewaltschutz, bedarfsgerechte, flächendeckende Gesundheitsversorgung und völlige rechtliche Gleichstellung queerer Menschen. Wir lassen uns nicht spalten und stehen an der Seite unserer vielen queeren Genoss*innen. Wir entwickeln Strategien um dem gesellschaftlichen Rechtsruck und dem Backlash zu begegnen, der sich an queeren Menschen entlädt. Dies soll uns ein Auftrag sein, eben jene Menschen, die auch Schutz und Zuflucht suchen vor dem Rechtsrutsch im Alltag, Anlaufstelle zu sein bei Angriffen und Übergriffen jeglicher Art. Dies bedeutet in letzter Konsequenz, dass sämtliche Büros ein Awarenesskonzept implementieren und umsetzen und sich regelmäßig bewusst werden, welche Arten der Diskriminierung wie begegnet werden können. Zusätzlich dazu gilt es in den kommenden Jahren landesweit Strukturen aufzubauen, die im Alltag der Menschen hilfreiche Unterstützungen bieten, um sich auch aktiv solidarisch zu zeigen.

Aus passivem Unmut machen wir aktive Gegenwehr!

Die Linke Niedersachsen steht mit neuer Stärke vor großen Herausforderungen. Mit über 8.500 Mitgliedern sind wir größer, als wir es je waren. 8,1 Prozent der Stimmen bei der Bundestagswahl in Niedersachsen zeigen: Wir haben wieder eine Chance flächendeckend in die Kommunalparlamente und in den Landtag einzuziehen. Dieses Potenzial wollen wir nutzen, um unseren Landesverband zu einer sozialistischen Mitgliederpartei zu entwickeln, in der wir überall vor Ort sichtbar und aktiv sind – Verankert in der Fläche, in Betrieben, in Vereinen und Gewerkschaften. Wir wollen allen, die sich nach einer anderen Welt sehnen Hoffnung geben und aufrufen sich zu engagieren – auf der Straße, im Parlament, in (Hoch)Schulen und in den Betrieben!

Mitglieder einbinden & Kreisverbände unterstützen

Als eine Entscheidungsmöglichkeit gegen den Rechtsrutsch und für eine bessere Welt, ist die Linke seit Anfang 2025 stark gewachsen, sowohl in den Städten als auch im ländlichen Raum. Viele Neumitglieder stoßen auf Strukturen, die vor nicht allzu langer Zeit es auch wenigen Mitgliedern befähigte, handlungsfähig zu sein. Neue und alte Mitglieder müssen in Strukturen eingebunden werden, die breite Beteiligung ermöglichen und so die organisatorische Basis für politische Handlungsfähigkeit sicherstellen. Der Landesverband unterstützt dabei durch Angebote die Kreisverbände und entlastet bei administrativen Aufgaben. Aufgabe der Kreisverbände sind: Mitgliedern Aktivitäten zu ermöglichen, vor Ort in lokale Kämpfe einzugreifen und mit den Menschen in Dialoge zu treten, z. B. in Haustürgesprächen, auf der Arbeit, in Sozialsprechstunden, bei solidarischen Küchen oder Sommerfesten. Diese Aufgaben sind auch Möglichkeiten, individuell und kollektiv wirkmächtig zu werden. Kreisvorstände müssen es Basismitgliedern ermöglichen, Verantwortung zu übernehmen und einen koordinierenden Rahmen gestalten. Dazu gehört es die Arbeit der anerkannten Jugendverbände Linksjugend [solid] und Die Linke.SDS vor Ort vonseiten der Kreisvorstände organisatorisch zu unterstützen, als auch finanziell adäquat auszustatten, um die jungen Genoss*innen zu befähigen politische Kämpfe zu ihren spezifischen Anliegen (unter anderem gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht oder Studiengebühren) zu führen. Besonderes Augenmerk muss darauf gelegt werden, Mitglieder marginalisierter Gruppen zu fördern, vor Angriffen zu schützen und gemeinsam ihre Kämpfe zu kämpfen. Aufgabe des Landesverbandes ist es, Kreisverbände dabei zu unterstützen. Dazu gehören neben der Definition landesweiter Schwerpunkte konkrete Bildungsangebote und Austauschformate, in denen Kreisverbände voneinander lernen können. Dazu werden monatliche Onlinekonferenzen jeweils für Kreisvorstände und außerhalb von Kreisvorständen aktive Mitglieder separat organisiert. Die Aktivenkonferenz wird als monatliches Bildungs- und Debattenformat fortgeführt. Die Kreisvorstandekonferenz tagt mit einer geringeren Taktung und mit einem klaren Fokus auf organisatorische Fragestellungen und kreisverbandsübergreifende Zusammenarbeit.

Ort für die vertiefende Arbeit an einzelnen Themen auf Landesebene sind die Landesarbeitsgemeinschaften (LAGs). Um diese zu stärken, müssen

Hürden und Hemmnisse, sich in LAGs zu engagieren, reduziert werden. Regelmäßig leiden LAGs daran, dass sie meist von Personen getragen werden, die in vielen Strukturen eingebunden sind und entsprechend wenig Zeit haben. Der Landesvorstand bemüht sich, die LAGs zu den vier als Schwerpunkt definierten Themen zu stärken. . Dazu werden auch interessierte Genoss*innen, die nicht in Gremien gebunden sind, eingeladen, ermutigt und befähigt, in LAGs Verantwortung zu übernehmen.

Auch Kreisvorstände können zur Stärkung der einzelnen LAGs beitragen, indem sie Genoss*innen auf LAGs aufmerksam machen, die sich mit den Interessen, die das Mitglied mitbringt, beschäftigen. Des Weiteren nehmen wir sie in die Pflicht, bei Genoss*innen, die von Benachteiligungen betroffen sein könnten, für die jeweiligen LAGs zu werben. Bspw. LAG Betrieb und Gewerkschaft, LAG Antifa, LAG queer, LINKS*KANAX, Landesrat LINKE Frauen etc. Um all diese Entwicklungen gut zu begleiten, müssen auch die Strukturen, Kommunikationsmedien und Ansprechpartner*innen auf Landesebene nachvollziehbar werden. Das betrifft sowohl die Landesgeschäftsstelle als auch den Landesvorstand. Hier sollten gebunden an inhaltliche oder methodische Kompetenzen sowie entlang einer regionalen Zuständigkeit – konkrete Aufgaben übernommen werden, die für alle nachvollziehbar sind. Der Landesvorstand orientiert darauf hin, in Kreisverbänden und im Landesvorstand Arbeitsweisen zu etablieren, bei denen sich Menschen mit wenig Zeit – ob aus beruflichen, familiären oder gesundheitlichen Gründen – einbringen können. Das betrifft Sitzungen der Partei, die im Idealfall nicht länger als 90 bis 120 Minuten dauern sollten (ausgenommen sind ganztägige Veranstaltungen am Wochenende), sowie eine langfristige, familienfreundliche Terminplanung, bei der Schulferien berücksichtigt werden.

Bildungs-Offensive: Voneinander lernen, miteinander zu kämpfen!

Die Linke versteht sich als „Partei von unten“ und der Landesverband Niedersachsen will in den nächsten Monaten und Jahren diesem emanzipatorischen Anspruch gerecht werden. Um die Mitglieder unserer Partei – von den Aktiven aus der Basis bis zu den Mandatsträger*innen – für ihre politische Arbeit zu befähigen, wollen wir in Abstimmung mit Stiftungen und anderen politischen Bildungsträgerinnen bedarfsgerechte Angebote schaffen. Unser Bildungsprogramm wird mit der Bundesebene der Partei abgestimmt, regelmäßig ausgewertet und angepasst. Folgende Schwerpunkte wird der Landesverband im Sinne des Parteaufbaus setzen:

Schulungen für Multiplikator*innen in den Kreisverbänden anbieten – online und in Präsenz: Eine Mitgliederpartei lässt sich nicht allein „von oben“ durch Bildungsbeauftragte organisieren. Wir wollen deshalb Mitglieder inhaltlich, aber auch didaktisch ausbilden, um in der politischen Bildung breiter aufgestellt zu sein. Dazu wollen wir alte und neue Kräfte im Landesverband mobilisieren.

Die erste Anlaufstelle für neue Genoss*innen bleibt der Kreisverband: Durch regelmäßig stattfindende Neumitglieder-Videokonferenzen und

Wochenendseminare in Präsenz wollen wir den Integrationsprozess unterstützen und die neuen Genoss*innen mit den Parteistrukturen vertraut machen. Das Konzept für Neumitgliederseminare wird dabei fortlaufend weiterentwickelt.

Ohne eine gute Grundlagenbildung ist alles nichts: Wenn wir die Gesellschaft verändern wollen, müssen wir sie erst gemeinsam verstehen lernen. Deshalb werden wir als Landesverband unseren Teil dazu beitragen, dass es ein dauerhaftes Seminarangebot zu linken Theorien und Kapitalismuskritik gibt. Im Angesicht von Aufrüstung, Klimakatastrophe und Digitalisierung soll auch die inhaltliche Weiterbildung vorangetrieben werden.

Theorie und Praxis gehen Hand in Hand:

„Organisieren ist, wenn einer aufschreibt, was andere arbeiten“ (Kurt Tucholsky) – genau davon wollen wir wegkommen. Unsere Vorstände und Arbeitsgruppen in den Kreisverbänden werden deshalb gezielt mit Materialien und Workshop-Angeboten unterstützt, um das Organizing selbst in die Hand zu nehmen. Zu Pflichtaufgaben wie z.B. Haushaltsplanung wird es weiter Hilfestellung geben, damit sich die Kreisverbände auf ihre politische Arbeit konzentrieren können. Für bessere Mitgliederarbeit müssen wir flächendeckend zum Umgang mit der Organizing-Software Zetkin befähigen.

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit:

Neben dem Umgang mit klassischen Medien ist auch die Pflege von Social Media und Online-Auftritt eine wichtige Voraussetzung für erfolgreiche Wahlkämpfe. Für die häufig eingesetzten digitalen Werkzeuge wollen wir regelmäßig Workshops anbieten; auch der Einsatz von „Künstlicher Intelligenz“ muss diskutiert werden.

Den Einzug in die Kommunalparlamente 2026 vorbereiten:

In Abstimmung mit Stiftungen und dem Linken Kommunalpolitischen Forum Niedersachsen wollen wir Wahlkämpferinnen und zukünftige Mandatsträger*innen befähigen, um als Linke sprechfähig zu sein. Neben Argumentationstrainings zu linken Kernthemen sollten unsere Mitglieder auch die Funktionsweise von Parlamenten verstehen, bevor sie kommunalpolitisch aktiv werden.

Bildungsveranstaltungen als solidarisches Miteinander:

„Jede Revolution war zunächst eine kulturelle Revolution“ (Antonio Gramsci) – deshalb müssen wir weiter an einer solidarischen Parteikultur arbeiten sowie solidarische Angebote gegenüber Betroffenen von Hass & Hetze entwickeln.. Die Auseinandersetzung mit den aktuellen gesellschaftlichen Themen unserer Zeit erfordert mehr als Wissen. Konfliktmanagement und gute Gruppenmoderation gehören ebenso wie Awareness-Konzepte in den Werkzeugkasten einer modernen sozialistischen Partei.

Flächendeckend in kommunalen Gremien – auf in den Landtag!

Erfolgreiche Wahlen sind Ergebnis eines langfristigen und kontinuierlichen Aufbau- und Verankerungsprozesses. Die Kommunalwahl 2026 nutzen wir, um Aktive zu schulen, Strukturen vor Ort auszubauen – unter Einbindung der zahlreichen Neumitglieder. Kommunalpolitik ist das Rückgrat gesellschaftlicher Verankerung und das Fundament für weitere Wahlerfolge. In den nächsten Wochen und Monaten fokussieren wir uns auf eine erfolgreiche Kommunalwahl 2026.

Ab Herbst nehmen wir die erfolgreiche Gesprächsoffensive aus dem Bundestagswahlkampf wieder auf. Wir erheben systematisch, welche Themen die Menschen vor Ort bewegen. Unsere Gesprächsoffensive trägt den Interessen und Möglichkeiten vor Ort Rechnung und schließt Haustürgespräche, Infostände oder Feste mit ein. Wir erweitern dies noch um Vereine, Bündnisse und Begegnungen mit Menschen, in denen wir gezielt im Gespräch linke Themen setzen. Zentral ist, auf Augenhöhe mit den Menschen vor Ort zu sprechen und herauszuarbeiten, was sie beschäftigt.

Die dokumentierten Ergebnisse dieser Gespräche werten wir auf Landesebene aus und übersetzen sie in unser kommunalpolitisches Rahmenprogramm. Die Kreisverbände werden befähigt, eigene Programme mit lokalen Schwerpunkten auszuformulieren. Bei diesem Prozess profitieren wir von Absprachen mit der Bundespartei und den Erfahrungen aus der Kommunalwahl in NRW und Bayern, die gerade ihre Kommunalwahlen vorbereiten.

Wir entwickeln auf Landesebene eine Kampagne. Die Botschaft lautet, dass die Linke auf Augenhöhe mit den Menschen spricht, vor Ort ansprechbar ist und sich um die Probleme der Menschen kümmert. Die Landesgeschäftsstelle unterstützt die Kreisverbände vor Ort bei der Umsetzung der Kampagne. Sie unterstützt zum Beispiel bei der Erstellung von Flyern, der Bestellung von Material und bei der komplizierten Aufstellung von Kandidierenden und Listen.

Beim Niedersachsenratschlag 2026 beraten wir unser Programm zusammen mit Bündnispartner*innen und arbeiten ihr Wissen ein.

Mit Bildungsangeboten und in enger Zusammenarbeit mit Bündnispartner*innen wollen wir potenzielle Kandidierende auf den Wahlkampf und die kommunalpolitische Arbeit vorbereiten. Die meisten Kandidierenden werden sich zum ersten Mal dieser Aufgabe stellen. Wir geben ihnen transparente Strukturen, Möglichkeiten zur Vorbereitung und eine Aussicht auf enge Begleitung während des Wahlkampfes und in den ersten Monaten in kommunalpolitischer Verantwortung.

Für die Kommunalwahl 2026 rechnen wir mit vielen neuen Kommunalpolitiker*innen und neuen Ressourcen. Mit diesen wollen wir neue Strukturen erarbeiten, die wir auch gezielt für einen starken Wiedereinzug in den Landtag 2027 nutzen werden. Die Vorbereitung zur Landtagswahl 2027 beginnen parallel. Wir wollen praktische Erfahrungen aus der Kommunalwahl auswerten und in eine Wahlkampfstrategie 2027 einfließen lassen. Nach der Kommunalwahl 2026 beginnen wir unmittelbar mit der Erarbeitung eines Landtagswahlprogrammes. Unser Maßstab ist und bleibt dabei die Perspektive auf einen demokratischen Sozialismus!